

# „Dieser Ort darf nicht durch die Gipsindustrie beschädigt werden“

Ein Protestspaziergang gegen die geplante Ausweitung des Gipsabbaus im Südharz führte am Sonntag auf das Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Julishütte.

Von Martin Baumgartner

**Ellich.** Zu einem Protestspaziergang gegen den Gipsabbau trafen sich Menschen aus Niedersachsen und Thüringen am Sonntag in Ellrich. Vom dortigen Bahnhof aus ging es auf das Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Julishütte, das in unmittelbarer Nähe zu Gipssteinbrüchen liegt. Organisiert wurde die Aktion von einigen für den Natur- und Landschaftsschutz in ihrer Heimat engagierten Einwohnern aus der Region zusammen mit den beiden BUND-Landesverbänden Niedersachsen und Thüringen. Der Protest richtet sich gegen die Ausweitung der Vorranggebiete für Gipsabbau, die aktuell in beiden Bundesländern vorbereitet wird (wir berichteten).

Eine der Initiatorinnen ist Ute Valentin, die erst vor einem halben Jahr nach Walkenried gezogen ist und dort mit ihrem Partner David Scherger ein Haus gekauft hat. Sie habe zwar schon vorher vom Gipsabbau gewusst, doch sei ihr nicht klar gewesen, welche Ausmaße dieser annehme. Auch von ihrem Grundstück aus höre sie den Lärm aus den Steinbrüchen, der Röseberg liege etwa 400 Meter entfernt. Doch vor allem die Zerstörung der einmaligen Natur und der „wunderschönen Landschaft“ rings um ihren neuen Heimatort sei es, was sie umtreibt und gegen die Pläne der Gipsindustrie protestieren lässt, sagt sie.

Es sei der Naturverbrauch und der dadurch hervorgerufenen Verlust an Biodiversität, der nicht mehr hinzunehmen sei, ergänzt ihr Partner David Scherger, der sich mit ihr zusammen für den Naturschutz engagiert. Er vergleicht die vom Gipsabbau bedrohten, an vielen Stellen bereits zerstörten alten Buchenwälder auf dem Gipskarst mit den tropischen Regenwäldern, gegen deren Abholzung auf der ganzen Welt protestiert wird. Die Buchenwälder seien nicht minder wertvoll – und ebenfalls unersetzlich. Keine Wie-



Die Teilnehmer des Protestspaziergangs vor den Überresten eines Gebäudes (im Hintergrund) auf dem Gelände des ehemaligen KZ-Außenlagers Julishütte, das in unmittelbarer Nähe zu Gipssteinbrüchen liegt. FOTO: BAUMGARTNER / HK

**„Es ist ein Ort der Stille, an dem man der KZ-Opfer gedenkt. Und im Hintergrund hört man die Maschinen lärm.“**

Michael Reinboth über die Situation an der Gedenkstätte Julishütte

deraufforstungsmaßnahmen der Industrie könnten diesen alten Wald auf dem Gipskarst wiederbringen, wenn er einmal abgeholzt ist. Zumal die Unternehmen die Wiederaufforstung sehr nachlässig und lieblos betreiben würden, wie die beiden selbst vor Ort festgestellt hätten, so Scherger. „Die Arbeitsplätze in der Gipsindustrie bleiben vielleicht noch zehn Jahre. Aber das Alleinstellungsmerkmal dieser Region geht für immer verloren“, befürchtet er.

Die Führung über das Gelände der KZ-Gedenkstätte hat an diesem Vormittag Michael Reinboth aus Walkenried übernommen, der sich bestens mit der Geschichte des Ortes und auch mit dem Gipsabbau in der Region auskennt. Dass die Gipsabbauflächen immer näher an die Gedenkstätte rücken, findet er empörend. Oberhalb der ehemaligen

KZ-Außenstelle liege die Abbaufläche Wiedigshof, eine der Flächen, die für eine Erweiterung vorgesehen seien. „Das Gelände, wozu Herr Philippi neulich gesagt hat, es ist bloß ein Acker und keine Gipslandschaft“, bezieht sich Reinboth im Gespräch auf einen Artikel im Harz Kurier am vergangenen Donnerstag über den Besuch des Herzberger SPD-Bundestagskandidaten beim Gipsunternehmen Formula.

**Abbau rückt an Gedenkstätte heran**

Die Unternehmen würden sich mit ihrer „Salamitaktik“, wie Reinboth es nennt, Stück für Stück an das ehemalige KZ-Gelände heranarbeiten. „Die Gedenkstätte wird überdröhnt vom Lärm der Maschinen, wie es jetzt auch schon im Kloster Walkenried der Fall ist“, sagt er. „Wir sind der Meinung, die Gedenkstätte braucht eine Pufferzone“, nennt der Walkenrieder eine Forderung. Dort würden immer noch sterbliche Überreste von Häftlingen liegen, mehrere tausend Menschen hätte in Julishütte ihr Leben verloren. „Es ist ein Ort der Stille, an dem man der KZ-Opfer gedenkt. Und im Hintergrund hört man die Maschinen lärm.“

Es habe einen offiziellen Wettbewerb gegeben, wie die Gedenkstätte Julishütte würdig gestaltet werden könnte und gleichzeitig werde zugelassen, dass in unmittelbarer Nähe

Steinbrüche betrieben werden, das Land würde die Pläne für eine Ausweitung sogar unterstützen. Reinboth wies auch auf eine aktive Rolle der früheren Gipsunternehmen beim Aufbau des KZ-Betriebs hin, die noch gar nicht richtig aufgearbeitet sei. Ellrich-Julishütte sei ein herausragender, ein einmaliger geschichtlicher Ort, betont er. Hier komme die Geschichte des Nationalsozialismus und des KZ-Horrors mit der Geschichte der deutschen Teilung zusammen, die Industriegeschichte mit der Eisenbahngeschichte. Und dieser Ort dürfe nicht durch die Gipsindustrie beschädigt werden, er müsse tabu sein.

Was die wirtschaftliche Bedeutung der Gipsindustrie für die Südharzer Gemeinden angeht, gibt Reinboth zu bedenken, dass im Gegensatz zu früheren Zeiten heute keines der großen Unternehmen noch seinen Sitz in der Region habe: „Das sind alles bloß Tochterunternehmen, verlängerte Werkbänke. Und das hat enorme Auswirkungen auf die Steuerzahlungen.“ Laut des Kämmerers der Gemeinde Walkenried seien die Zahlungen an diese Kommune von früher einer bis zwei Millionen Euro im Jahr auf 300.000 Euro zurückgegangen, nennt er eine Größenordnung. „Und das ist das absolute Minimum, was die Firmen zahlen müssen.“